

## Pressemitteilung

# Will die CDU Wiesbaden die Bevölkerung für dumm verkaufen oder lässt sie ihrer Kohleklotz- Kritik passende Taten folgen?

## B.I. Kekowi fordert nach dem Stadtverordnetenbeschluss unverzügliche Maßnahmen des Oberbürgermeisters zum Stopp des Kohleklotzes

**Wiesbaden, 26.09.2008:** Christoph Wald, Sprecher der Bürgerinitiative KeKoWi begrüßt den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung zum geplanten Kohlekraftwerk auf der Ingelheimer Aue mit Nachdruck: „Gut, dass sich das Parlament sich nicht den Mund verbieten lässt und in der gebotenen Deutlichkeit gesagt hat, was es von dem Kohleklotz hält. Gut auch, dass der beschlossene Antrag zeigt, was ESWE und die KMW AG tun müssen, um den energiepolitischen Herausforderungen der Zukunft so zu genügen, dass unser Klima, unsere Gesundheit, unser Landschaftsbild und unsere Steuergelder keinen Schaden nehmen.“

Der BI-Sprecher betont, dass die Glaubwürdigkeit der Wiesbadener CDU auf dem Prüfstand stehe: "Die CDU-Stadtverordnete Marion Petri hat erstmals eingeräumt, dass der Kohleklotz auch in den Augen der CDU unwirtschaftlich ist.

Na prima! Bislang hat OB Dr.Müller immer argumentiert, es tue ihm um das Klima und die Umwelt zwar schrecklich leid, aber aus wirtschaftlichen Erwägungen müsse er den Bau des Importsteinkohle-Kraftwerks vorantreiben. Nachdem sich diese Behauptung in Luft aufgelöst hat, gilt es angesichts einer absehbaren Pleite im Volumen von ca. 1,2 Milliarden Euro unverzüglich zu handeln und die KMW von ihrem brandgefährlichen Kurs abzubringen.

Die Stadt Wiesbaden ist über ESWE Miteigentümerin der KMW. Diesem Eigentum drohen schwerste Verluste. Wenn der Eigentümer-Vertreter OB Dr.Müller jetzt nicht handelt, dann vergeht er sich an seiner Aufgabe als Treuhänder unserer wirtschaftlichen Interessen.“ Die parlamentarische Mehrheit habe dafür einen Weg gewiesen.

Wald weiter: „Wenn OB Dr.Müller seine Kritik an den KMW- Planungen ernst meint, darf er keine Zeit mit der Prüfung verplempern, ob die Stadtverordnetenversammlung ihm Denkstöße geben darf, sondern muss unverzüglich eingreifen.

Bislang hat OB Dr.Müller in der parlamentarischen Öffentlichkeit folgenlose Nachdenklichkeit zelebriert und in den KMW- Gremien das Bauvorhaben ohne Bedenken vorangetrieben. Dieses doppelte Spiel hat nun ein Ende. Er muss Farbe bekennen:

Wofür steht er? Für den Respekt vor dem Willen des überwiegenden Teils der Bevölkerung einer ganzen Region? Für die Fähigkeit, eigene Fehler einzusehen und das Ruder herum zu reißen, bevor es zu spät ist?

Oder: Zeigt er sich als schlechter Verlierer, der den kommunalen Energieversorger wider bessere Einsicht sein Hasardspiel bis zum bitteren Ende treiben lässt?"

Die CDU Wiesbaden solle sich nicht täuschen. Die Bevölkerung wisse sehr wohl zu durchschauen, wenn man ihr ein X für ein U vormache.

Christoph Wald abschließend: "Zwei Jahre lang hat die CDU sich um inhaltliche Fragen gedrückt und der Öffentlichkeit erklärt, was rechtlich zulässig ist und was nicht. Stets ist sie sich 100-prozentig sicher gewesen. Der erste Praxistest habe bewiesen: Die CDU lag zu 100 Prozent falsch.

Deshalb gilt: Bitte keine juristischen Ausreden mehr! Es ist fünf vor Zwölf.

Wenn der OB jetzt nicht von seinen Eingriffsmöglichkeiten Gebrauch macht, kann er sich als Vertreter der Stadt und ihrer Bürger abmelden und als Erfüllungsgehilfe des KMW- Vorstandes sehen, wo er bleibt."